



STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN



Vorbild NRW?

Klimaschutz und Transformation

Die Bonner Weltklimakonferenz im November 2017 hat zwar nicht den großen Wurf gebracht, dafür aber eine Reihe von Vereinbarungen, etwa zur weiteren Arbeit an einem Regelbuch für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens von 2015 oder zu einem Arbeitsprogramm zu Landwirtschaft und Klimawandel. Notwendige kleine Schritte, die den globalen Klimaschutz vorantreiben können.

Ob das Tempo und die beschlossenen Maßnahmen allerdings ausreichen werden, ist fraglich. Schließlich war 2017 nach Angaben der UN-Wetterorganisation (WMO) eines der drei wärmsten Jahre seit Beginn der Aufzeichnungen vor fast 170 Jahren, und nach vorläufigen Untersuchungen des Global Carbon Project hat der weltweite CO₂-Ausstoß 2017 um etwa zwei Prozent zugelegt. Nach nahezu einhelliger Mei-

nung der Klimaforscher reichen die bisherigen Zusagen der Vertragsstaaten nicht aus, die Erderwärmung auf zwei oder gar 1,5 Grad gegenüber vorindustrieller Zeit zu begrenzen.

Deutschland: Ziele verfehlt

Deutschland wird sein selbst gestecktes Vorhaben verfehlen, die Treibhausgasemissionen

→ weiter auf [Seite 3](#)



Kommune und Klimaschutz

Gemeinde Saerbeck
Großstadt Bielefeld

→ [Seite 5](#)
→ [Seite 6](#)

Gesellschaft

Wachsende Ungleichheit
Junges Engagement

→ [Seite 10](#)
→ [Seite 12](#)

Organisationen

Wissenschaftsladen Bonn
Eine Welt Netz NRW: Weltgarten

→ [Seite 14](#)
→ [Seite 18](#)



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

der Klimaschutz ist zwei Jahre nach der Euphorie über den Abschluss des Pariser Klimaabkommens in einer kritischen Phase. Auf die Vereinbarung der Ziele muss die konsequente Umsetzung auf nationaler und regionaler Ebene folgen. Da stimmt es skeptisch, dass die Bundesregierung ihre bisherigen Ambitionen, die Treibhausgasemissionen bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu verringern, aufgegeben hat. Können wir die Klimaziele überhaupt noch erreichen, fragen sich angesichts dieser Entwicklung auch viele engagierte Bürgerinnen und Bürger.

Ermutigend ist in dieser Situation, dass mehr und mehr Akteure aus der Wirtschaft sich für Klimaschutzpolitik einsetzen. So rechnet der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) in seiner Studie „Klimapfade für Deutschland“ vor, wie Klimaschutz gelingen kann. Zwar hält er das Ziel der Bundesregierung, bis zur Mitte dieses Jahrhunderts den CO₂-Ausstoß um 95 Prozent zu reduzieren, für unrealistisch. Eine Treibhausgas-Reduktion um 80 Prozent ist jedoch auch nach Einschätzung des Industrieverbandes technisch möglich und volkswirtschaftlich verkraftbar. Außerdem erkennt der BDI an, dass erfolgreicher Klimaschutz ein Innovations- und Modernisierungstreiber sein kann und langfristig Vorteile für den Industriestandort Deutschland bringen wird.

Ermutigend sind auch die Beispiele der Klimakommune Saerbeck und der Stadt Bielefeld, die wir in dieser Ausgabe vorstellen. Sie zeigen, dass und wie ambitionierter Klimaschutz auf kommunaler Ebene gelingen kann. Ein Erfolgsfaktor ist dabei, alle relevanten Akteure in einen ernsthaften Dialog über Ziele und Wege einzubinden. Dialog ist auch das Prinzip des KlimaDiskurs.NRW, den unsere Stiftung seit seiner Gründung im Jahr 2013 fördert. Der Verein ist aus der Bürgergesellschaft erwachsen und es ist ihm gelungen, mit mittlerweile rund 70 institutionellen Mitgliedern aus Kommunen, Unternehmen, Wissenschaft und Verbänden eine tragfähige überparteiliche Plattform zu schaffen, in der auch strittige Fra-

gen und Interessengegensätze offen und konstruktiv diskutiert werden können. Es freut uns, dass auch die Landesregierung den Wert und Beitrag dieser Initiative schätzt.

So hat Wirtschafts- und Energieminister Pinkwart bereits mehrfach an öffentlichen Dialogveranstaltungen teilgenommen und Bauministerin Ina Scharrenbach will die Gebäudeallianz des KlimaDiskurses nutzen, um mit den beteiligten Disziplinen und Institutionen einen intensiven Dialog über den baulichen Klimaschutz zu führen.

Wenn inzwischen der Klimaschutz bei Politik, Wirtschaft und Kommunen eine wichtige Rolle spielt, ist das nicht zuletzt dem Engagement von Bürgerinnen und Bürgern zu verdanken. Durch ihr individuelles Verhalten, etwa den Wechsel zu Ökostrom, durch die Einflussnahme auf politische Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger oder durch die Entwicklung von Alternativen, zum Beispiel im Bereich städtische Mobilität, leisten sie einen essentiellen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Wir freuen uns, dass wir als Stiftung dieses Engagement unterstützen können.

Ihre Christiane Overkamp
Geschäftsführerin der Stiftung



→ Fortsetzung von Seite 1

bis 2020 um 40 Prozent im Vergleich zu 1990 zu senken. Doch auch die von der EU vorgegebene Emissionsreduktion im sogenannten Non-ETS-Sektor wird Deutschland nicht erreichen – also im Bereich außerhalb des Handels mit Emissionsrechten, der vor allem Verkehr, Gebäudeenergie und Landwirtschaft betrifft.

Als Hauptverursacher der Probleme gilt der Verkehr, dessen Beitrag zu den nationalen Treibhausgasemissionen in den letzten Jahren wieder angestiegen ist. Daran entzündet sich auch ein Großteil der Kritik am klimapolitischen Teil des Koalitionsvertrags, der nach Meinung von Umweltverbänden beim Verkehr unverändert am Status Quo festhalte. Kritik kommt auch aus Teilen der Wirtschaft, etwa aus der „Stiftung 2° – Deutsche Unternehmer für Klimaschutz“, in der Unternehmen wie die Telekom, Schüco oder die Deutsche Bahn vertreten sind. Bereits im Dezember 2017 hatte eine breite Allianz aus 54 global agierenden Unternehmen aus allen Kontinenten und Branchen einen ambitionierteren und beschleunigten Klimaschutz als Basis für zukünftigen ökonomischen Erfolg gefordert.

NRW: Klimaschutz und Wirtschaftswachstum

Auch nach dem Regierungswechsel im Sommer 2017 bekennt sich Nordrhein-Westfalen zu den Zielen des 2013 verabschiedeten Landesklimaschutzgesetzes, den Ausstoß an Treibhausgasen bis 2020 um mindestens 25 Prozent und bis 2050 um mindestens 80 Prozent gegenüber 1990 zu senken. Dabei sieht sich das Land auf einem guten Weg: Bis 2016 betrugen die Emissionsminderungen rund 22 Prozent, bis zu vier Prozentpunkte sollen bis 2019 durch die geplante Überführung von fünf Kraftwerksblöcken in die Sicherheitsreserve hinzukommen.

Allerdings hinkt NRW nach aktuellen Angaben des Landesverbands Erneuerbare Energien (LEE) anderen Bundesländern beim Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch hinterher. Mit 12,5 Prozent landete NRW 2017 auf dem drittletzten Platz, bundesweit haben die Erneuerbaren einen Anteil von 36 Prozent. Einen Grund für den Rückstand sieht



Engagierte Diskussion beim Klima.Forum 2018 in Düsseldorf

der LEE-Vorsitzende Reiner Priggen in der vergleichsweise starken Industrialisierung, daher brauche NRW mehr Strom als andere Länder.

Für die Koalition aus CDU und FDP ist es wichtig, Klimaschutz und Wirtschaftswachstum miteinander zu vereinen. Sie will die NRW-Wirtschaft dabei unterstützen, vom weltweit steigenden Bedarf zu profitieren. Schon heute sei das Land bundesweit der größte Anbieter von Produkten aus der Umwelt- und Klimawirtschaft mit rund 320.000 Erwerbstätigen und 70 Milliarden Euro Umsatz pro Jahr. Grundsätzlich seien aber alle gesellschaftlichen Gruppen gefragt, ihren Klimaschutzbeitrag zu leisten.

Klimaschutz als Gemeinschaftsaufgabe

Um Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft miteinander ins Gespräch zu bringen und gemeinsames Handeln für effektiven Klimaschutz zu befördern, wurde 2013 der KlimaDiskurs NRW ins Leben gerufen, der gemeinsam von unserer Stiftung und der Stiftung Mercator gefördert wird und heute knapp 70 institutionelle Mitglieder zählt. Der Austausch findet im Rahmen verschiedener Veranstaltungsformate statt. Die größte Veranstaltung ist das jährliche Klima.Forum.

Das Klima.Forum 2018 fand am 26. Februar in der Turbinenhalle der Stadtwerke Düsseldorf statt. Unter dem Motto „Vom Strukturwandel zur Transformation“ ging es um die Frage, ob NRW ein Vorbild für den internationalen Klimaschutz sein könne. In ihrer Begrüßung zitierte Ulrike Schell, Verbraucherzentrale NRW und Vorstandsmitglied des KlimaDiskurs, kritische Stimmen, die die NRW noch weit entfernt von einer Vorreiterrolle beim Klimaschutz sehen – und gab damit das Feld frei für eine spannende Diskussion, bei der unterschiedliche Auffassungen über die „richtige“ Klimaschutzpolitik deutlich wurden.

Dr. Udo Brockmeier, Vorstandsvorsitzender der Stadtwerke Düsseldorf, sieht die Energiewende in Deutschland an einem kritischen Punkt: „Zu wenig Markt, zu viel Regulierung, deshalb zu teuer.“ Statt zentralistischer Vorgaben empfahl er einen Klimaschutz von der Basis her, wo die Kompetenz für praktisch wirksame und effiziente Lösungen vorhanden



NRW-Minister Pinkwart:
„Wir stehen zum Klimaabkommen von Paris.“



Foto: Klimadiskurs.NRW

Dirk Messner plädierte für einen schnellen Kohleausstieg.

sei. Diese müssten dann noch sinnvoll miteinander vernetzt werden. Den Wunsch nach Vernetzung teilte der Düsseldorfer Oberbürgermeister Thomas Geisel, der den Klimawandel als die größte Herausforderung für unsere Gesellschaft begreift. Einzelmaßnahmen, etwa Fahrverbote für bestimmte PKW, seien keine Lösung. Notwendig für einen klimafreundlichen und schadstoffarmen Verkehr seien vielmehr ganzheitliche kommunale Konzepte.

Strukturwandel sozial abfedern

Für Professor Dirk Messner, Direktor des Deutschen Instituts für Entwicklungspolitik (DIE) und Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WGBU), gehört der Strukturwandel zur Identität von NRW. Er bezeichnete das Bundesland auch beim Klimaschutz als ein

potentielles Laboratorium, „eine der weltweit spannendsten Wandelregionen“. Die Transformation, etwa von der Kohle zu den erneuerbaren Energien, müsse allerdings sozial abgefedert werden, auch um politische Verwerfungen zu vermeiden.

Zum entschlossenen Handeln beim Klimaschutz gibt es für Messner keine Alternative: „Wir befinden uns auf dem Weg in einen Erdsystemwandel.“ Ein signifikanter Kipp-Punkt dafür sei zum Beispiel das Schmelzen des arktischen Meereises. Messners Schlussfolgerung: „Wollen wir nicht am 2-Grad-Ziel scheitern, brauchen wir eine Vollbremsung und müssen die Weltwirtschaft bis Mitte dieses Jahrhunderts nahezu vollständig dekarbonisieren.“

Professor Andreas Pinkwart (FDP), Minister für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie NRW, gab für die Landesregierung ein klares Statement ab: „Wir stehen zum Klimaabkommen von Paris.“ Für ihn sei es wichtig, die Industrie auf diesem Weg mitzunehmen, etwa durch die Förderung von Innovationen beim Ausbau der Elektromobilität. Pinkwart warnte vor der Abwanderung energieintensiver Branchen und erteilte Forderungen nach einem raschen Kohleausstieg eine Absage: „Auch die Menschen in der Kohleindustrie brauchen Planungssicherheit.“

Fairness und Gerechtigkeit

In der abschließenden Diskussion wurden die unterschiedlichen Positionen noch einmal deutlich. Dr. Klaus Schäfer von der Covestro AG, einem global agierenden Werkstoffunternehmen mit Hauptsitz in NRW, plädierte für einen welt-

weit einheitlichen CO₂-Preis (und erntete dafür große Zustimmung): „Bei fairen Bedingungen müssen wir uns angesichts der Innovationskraft deutscher Unternehmen keine Sorgen machen.“

Klaus Breyer, Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft der Evangelischen Kirche von Westfalen, forderte globale Gerechtigkeit: „Die Schwächsten leiden am meisten unter dem Klimawandel.“ Angesichts des absehbaren Endes für die Kohle zeigte Breyer kein Verständnis für die aktuellen Umsiedlungen in rheinischen Tagebaurevieren – eine Haltung, die Minister Pinkwart mit dem Verweis auf Beschlüsse der rot-grünen Vorgängerregierung konterte. Dem widersprach Dirk Messner: Ein rascher Kohleausstieg würde den CO₂-Ausstoß schnell deutlich verringern und sei ein starkes Symbol für die Entschlossenheit Deutschlands beim Klimaschutz.

Dr. Dörte Fouquet, Expertin für europäisches Umwelt- und Energierecht, betonte: „Aus EU-Sicht soll und muss NRW beim Kohleausstieg eine Vorbildfunktion wahrnehmen.“ Die deutsche Klimapolitik der letzten beiden Jahre sei kein Ruhmesblatt, die aktuellen Klimaziele bestenfalls „business as usual“ und leicht zu erreichen. „Hoffentlich benötigen wir kein klimapolitisches Fukushima zur Einsicht in den nötigen Strukturwandel“, erinnerte sie an den deutschen Atomausstieg.

Ein Ziel, unterschiedliche Wege

Zum Abschluss der Diskussion verwies Dirk Messner auf einige positive Entwicklungen: „Die Erneuerbaren sind wettbewerbsfähig, die Beschäftigungseffekte sind positiv und Kohlendioxid wird als chemischer Rohstoff zunehmend attraktiv.“ Alle für effektiven Klimaschutz notwendigen Elemente seien bekannt und vorhanden – jetzt gelte es, entsprechende Strategien zu entwickeln und umzusetzen.

Beim Ziel, den globalen Temperaturanstieg auf maximal 2 Grad Celsius zu begrenzen, sind sich die meisten einig, das wurde auch beim Klima.Forum deutlich. Und wenn diese Tatsache nicht aus den Augen verloren wird, kann ein Wettstreit der Ideen um die sinnvollsten Klimaschutz-Maßnahmen nur förderlich sein. Der Klimadiskurs.NRW wird weiterhin seinen Beitrag dazu leisten.

➔ Weitere Informationen unter www.klimadiskurs-nrw.de

Neue Förderprojekte zum Klimaschutz

In mehreren aktuellen Projekten zum Klimaschutz, die von unserer Stiftung gefördert werden, hat die Arbeit begonnen. Dazu gehört „Klimagerechtigkeit: Menschenrechte im Klimawandel stärken“ des FoodFirst Informations- und Aktionsnetzwerk Deutschlands FIAN (Fördersumme: 60.000 Euro). Im Zentrum dieses Projekts, das sich besonders an Jugendliche und junge Erwachsene richtet, steht die Entwicklung und Erprobung eines Planspiels, in dem Zielkonflikte zwischen Klimaschutzmaßnahmen und Menschenrechten am Beispiel von Landkonflikten in Honduras veranschaulicht werden.

Der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre will börsenorientierte Großunternehmen in NRW im Hinblick auf die Sustainable Development Goals untersuchen. Der Fokus liegt auf nachhaltiger Energieversorgung und Bekämpfung des Klimawandels. Zunächst wird der derzeitige Stand ermittelt, dann werden die Themen bei Aktionärs-Hauptversammlungen, etwa von RWE, E.ON oder Bayer, eingebracht (Fördersumme: 24.762 Euro).

➔ Weitere Informationen unter www.fian.de, www.kritischeaktionaeere.de, sowie in unserer Projektdatenbank unter Z-5399 und Z-5411